

Kommission für Umwelt, Raumplanung  
und Energie (UREK) des Nationalrates  
CH-3003 Bern

Elektronisch eingereicht.

Bern, 19. Februar 2026

## **Vernehmlassungsverfahren bezüglich des neuen Bundesgesetzes über den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich bei der Einfuhr von Zementwaren (CO<sub>2</sub>-GAZG)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Ziegeleiunternehmen produzieren Backsteine, Dachziegel, keramische Fassadenplatten sowie passende Photovoltaiklösungen für Dach und Fassade und decken damit den inländischen Bedarf weitgehend ab. Zum Verband der Schweizer Ziegeleien gehört auch der Bereich Feinkeramik, vertreten durch den letzten in der Schweiz produzierenden Hersteller von Sanitärkeramik mit internationaler Ausrichtung. Bei den Schweizer Ziegeleien handelt es sich um typische Familienunternehmen und KMU, die teils seit über 150 Jahren Ziegeleiprodukte herstellen. Die Produktion von Backsteinen, Dachziegeln und keramischen Fassadenplatten ist energieintensiv und erfordert eine stabile und ausreichende Versorgung mit Gas und Strom.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu können. Wir äussern uns vorliegend in grundsätzlicher Weise und verzichten auf Detailbemerkungen, da die Branche derzeit nicht unmittelbar vom Regelungsgegenstand erfasst ist, jedoch angesichts der dynamischen Entwicklungen in der Klima- und Energiepolitik sowie eines sich verschärfenden Wettbewerbs künftig potenziell betroffen sein könnte.

**Ziegelindustrie Schweiz begrüsst, dass die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates grundsätzlich anerkennt, dass die ambitionierte Schweizer Klima- und Energiepolitik negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Schweizer Industrien haben kann und dieser Zusammenhang auch regulatorisch verstärkt berücksichtigt werden muss. Der vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich bei der Einfuhr von Zementwaren (CO<sub>2</sub>-GAZG) greift dieses Anliegen auf und stellt einen möglichen Ansatz dar, um Carbon Leakage bei besonders betroffenen Branchen zu vermeiden und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Dekarbonisierung und industrielle Wertschöpfung weiterhin in der Schweiz stattfinden können.**

## **Grundsätzliche Beurteilung der Vorlage**

Ziegelindustrie Schweiz begrüsst die grundsätzliche Anerkennung durch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N), dass eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik – wie sie die Schweiz verfolgt – Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Basisindustrien hat und diesem Umstand in der klima- und energiepolitischen Debatte verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Der vorliegende Gesetzesentwurf stellt einen Versuch dar, möglichen negativen Effekten entgegenzuwirken und insbesondere der Verlagerung emissionsintensiver Produktionsprozesse ins Ausland (Carbon Leakage) vorzubeugen. Damit trägt er dazu bei, die Anreize zur Dekarbonisierung der industriellen Produktion innerhalb der Schweiz zu erhalten und eine Klimapolitik zu stärken, die nicht auf Emissionsverlagerung, sondern auf effektive Emissionsreduktionen im Inland setzt.

Dass sich der Entwurf zunächst ausschliesslich auf die Zementindustrie konzentriert, ist aus Sicht von Ziegelindustrie Schweiz nachvollziehbar. Eine Ausweitung auf andere Waren ist unter dem vorliegenden Entwurf weder politisch vorgesehen noch rechtlich möglich. Eine sektorspezifische Einführung ermöglicht es, praktische Erfahrungen mit einem Grenzausgleichssystem in einer besonders betroffenen Branche zu sammeln. Wird die ambitionierte Klima- und Energiepolitik fortgeführt und die Wettbewerbssituation anderer Branchen verschlechtert sich infolge der regulatorischen Rahmenbedingungen ebenfalls weiter, können Erkenntnisse, Wirkungsweise, Vollzugstauglichkeit und ökonomische Auswirkungen eines solchen Instruments fundiert beurteilt werden.

Der Wettbewerb im Schweizer Markt für Ziegeleiprodukte findet derzeit einerseits zwischen inländischen Herstellern und andererseits zwischen Schweizer Produzenten und Anbietern aus umliegenden europäischen Ländern statt. Eine relevante Konkurrenz durch Hersteller aus Drittstaaten besteht aktuell kaum, könnte sich jedoch künftig entwickeln – insbesondere dann, wenn sich Kostenunterschiede infolge divergierender Klima- und Energiepolitiken vergrössern. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hersteller und damit für den Erhalt des Produktionsstandorts Schweiz sind wettbewerbsfähige Energiepreise sowie pragmatische klimapolitische Rahmenbedingungen, die auch die Auswirkungen auf Endprodukte berücksichtigen, von zentraler Bedeutung.

Die Schweizer Ziegelindustrie bekennt sich zum Netto-Null-Ziel und arbeitet kontinuierlich daran, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Sie ist bereit, die ambitionierten klimapolitischen Zielsetzungen der Schweiz mitzutragen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein regulatorisches Umfeld, das der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Basisindustrien auch gegenüber der europäischen Konkurrenz nicht schadet und das weiter verhindert, dass Produktionskapazitäten und damit Emissionen in Länder mit tieferen Umweltstandards verlagert werden. Eine solche Verlagerung wäre weder ökologisch noch volkswirtschaftlich oder gesellschaftlich sinnvoll, da sie globale Emissionen nicht reduziert, sondern lediglich verschiebt.

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht von Ziegelindustrie Schweiz zentral, dass Bund und Gesetzgeber die Wechselwirkungen zwischen Klima- und Energiepolitik sowie deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Basisindustrien systematisch berücksichtigen. Sollten sich vergleichbare Risiken wie in der Zementindustrie auch in anderen Branchen abzeichnen, sollten frühzeitig geeignete Massnahmen geprüft werden. Ob ein Grenzausgleichssystem langfristig das geeignete Instrument darstellt, wird sich erst im praktischen Vollzug zeigen; der vorliegende Entwurf schafft jedoch eine sachliche und pragmatische Grundlage, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

Ziegelindustrie Schweiz unterstützt die Zielsetzung der Vorlage, Carbon Leakage zu verhindern, faire Wettbewerbsbedingungen für besonders betroffene Branchen sicherzustellen und gleichzeitig die klimapolitischen Ziele der Schweiz wirksam zu verfolgen. Der Entwurf stellt einen ausgewogenen Ansatz dar, der die Realität energieintensiver Industrien berücksichtigt und den Grundsatz stärkt, dass Klimaschutz möglichst durch Innovation und Wertschöpfung im Inland erreicht werden soll. Insgesamt ist jedoch zu betonen, dass nicht nur die Wettbewerbssituation gegenüber Akteuren aus Drittstaaten relevant ist, sondern ebenso jene gegenüber Produzenten im europäischen Umfeld. Entsprechend sind auch die Entwicklungen der Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit industrieller Endprodukte laufend zu beobachten.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen vielmals.

Freundliche Grüsse

**Ziegelindustrie Schweiz**



Michael Fritsche  
Präsident



Benjamin Schmid  
Geschäftsführer